

Wieder einmal hat ein EU Gipfel den Rettungsschirm vergrößert, der Staats- und Bankenpleiten verhindern und den Euro retten soll. Ob dieser dritte Anlauf dauerhaft erfolgreich wird, bleibt naturgemäß offen. Ebenso wie die Frage, was die Beschlüssen den Steuerzahler am Ende wirklich kosten - und: wer oder was hier wirklich gerettet wird.

Als im Sommer 2010 der erste Rettungsschirm über die Krisenstaaten der EU gespannt wurde, hielt er immerhin rund ein Jahr. Dann stellte sich heraus: er war zu klein und musste im Juni 2011 verdoppelt werden. Zusätzlich zu separat beschlossenen Griechenlandhilfen haftet seitdem der deutsche Steuerzahler über die EFSF mit 211 Milliarden Euro für Schulden anderer europäischer Staaten. Doch kaum hatten alle Eurostaaten zugestimmt, erwies sich der Schirm wieder als zu klein. Nun wird er mit hochkomplexen Hebelmodellen ausgeweitet. Bisher sollte das in den EFSF eingezahlte Geld dazu dienen, Staatsanleihen kriselnder Länder aufzukaufen. Wenn diese Länder dann einen Schuldenschnitt von beispielsweise 20 Prozent benötigt hätten, wäre 20 Prozent der eingezahlten deutschen Steuergelder verloren gewesen. Künftig sollen die Steuermilliarden aber als 'erstrangige Garantie' für Gelder dienen, die von privaten Gläubigern (zum Beispiel aus China) eingesammelt werden sollen. Auch damit sollen dann Staatsanleihen kriselnder Euroländer aufgekauft werden. Die ersten 20 Prozent des Ausfallrisikos zahlt dann der Steuerzahler. Das bedeutet: Wenn ein Staat einen Schuldenschnitt von 20 Prozent machen muss, bleibt der private Gläubiger verlustfrei, doch alle eingezahlten Steuergelder gehen verloren, die komplette Summe. Für Deutschland bis zu 211 Milliarden Euro.

Wachsende Risiken für Steuerzahler - und wem sie zugute kommen

Bevor die Bundestagsabgeordneten der CDU zustimmten, baten Sie einen Schweizer Professor, die Konstruktion zu erklären: Harald Hau, der an der Genfer Universität lehrt und gleichzeitig einen Sitz im "Swiss Finance Center" bekleidet. Einem von Schweizer Privatbanken finanzierten Thinktank. Sein Urteil fiel verheerend aus: "Die Hebelung bewirkt, dass ein Teilausfall zum Totalausfall wird". Die CDU-Abgeordneten stimmten trotzdem zu. Dabei hat Professor Hau noch weitere Gründe, warum er die bisherige Euro-Rettungsversuche für falsch hält. "Das bisher für Griechenland aufgewendete Geld, floss nicht an die griechischen Bürger, auch nicht an den griechischen Staat. Die bisher aufgewendeten Steuergelder für die Griechenlandrettung kommen hauptsächlich denen zu Gute, die Griechenland Geld geliehen hatten. Den 5% reichsten Familien, die etwa 70 Prozent des weltweiten Finanzkapitals besitzen. Deren Kapital wurde gerettet."

Die Gläubiger kamen glimpflich davon

Aber Moment mal: haben die politischen Führer der EU nicht gerade erreicht, dass nun auch private Gläubiger, insbesondere Banken, auf 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten müssen? Haben damit die Geldgeber etwa kein Opfer gebracht? Merkwürdig allerdings: unmittelbar danach stiegen zum Beispiel die Aktien der Deutschen Bank um satte 20 Prozent. Und andere Bankaktien legten ähnlich zu. Kein Wunder: Sie hatten vorher jahrelang Zeit, die griechischen Staatsanleihen zu verkaufen, insbesondere an die EZB. Deren Verluste trägt der Steuerzahler oder müssen durch Drucken von Geld - und damit durch Inflation - ausgeglichen werden. Und die Papiere, die doch noch in den Depots der Banken lagen waren bis zum vergangenen Rettungsgipfel nur noch dreißig bis vierzig Prozent der Nominalsumme wert und in den meisten Bankbilanzen entsprechend abgeschrieben. Da bedeutet der nun gebotene Umtausch in durch EU-Steuergelder abgesicherte Papiere mit fünfzig Prozent Nominalwert sogar einen Gewinn. Doch das schwerwiegendste Argument: Zwar hat der vom Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann geleitete Bankenverband, diesem freiwilligen Schuldenschnitt zugestimmt. Doch der überwiegende Teil der noch im Umlauf befindlichen griechischen Staatsanleihen gehört privaten Investoren. Und die sind an dieses Versprechen nicht gebunden, können weiterhin auf Rückzahlung der vollen Summe bestehen.

Staatspleiten zulassen?

Aber ist diese Schonung der Gläubiger nicht der nötige Preis dafür, dass Euroländer vor der Insolvenz bewahrt werden? Dass eine neue Bankenkrise und damit eine globale Wirtschaftskrise verhindert wird? Nein, meint Professor Hau. "Wir müssen akzeptieren, dass auch Staaten Konkurs gehen können. Und Staatsinsolvenzen sind häufiger als man denkt. Allein im vergangenen Jahrzehnt traf es Russland,

Uruguay, Pakistan, Ecuador, die Ukraine, Argentinien und andere mehr. Diesen Staaten (ebenso wie ihrer Bevölkerung) geht es heute besser als vor der Insolvenz." Oder anders ausgedrückt "Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende". Deutsche Normalbürger wären davon übrigens kaum betroffen. Zwar haben auch große Versicherungsunternehmen in griechische Staatsanleihen investiert, doch niemand müsste Angst um seine Lebensversicherung haben. laut Deutschen Versicherungsverband ist nur 0,3 Prozent der Anlagesumme deutscher Versicherungen in Griechenland investiert. Deren Verlust wäre ohne weiteres zu verkraften. Doch was wäre dann mit den Banken? Würden ihre durch die Staatsinsolvenzen entstehenden Verluste nicht eine neue Bankenkrise und damit eine globale Wirtschaftskrise auslösen? Wäre das am Ende für die Steuerzahler nicht teurer, als die jetzigen Rettungsschirme? Nein, meint Professor Hau. Nach Staatsinsolvenzen müsse man nur Banken retten, deren Zusammenbruch tatsächlich systemgefährdend wäre. Das wäre für den Steuerzahler billiger, als die Rettung ganzer Staaten. Deren Schulden werden von vielen weltweit gestreuten Investoren gehalten. Die würden natürlich Verluste erleiden. Nur ein kleiner Teil der Verluste würde wirklich bei systemrelevanten Banken entstehen und vom Steuerzahler aufgefangen werden müssen.

Billigere Bankenrettung.

Aber würde der Steuerzahler im Falle einer solchen Bankenrettung nicht doch wieder das Geld der Banbesitzer, der wohlhabenden Investoren retten? Auch das muss nicht sein, meint Professor Hau. Es käme darauf an, wie man die Bankenrettung organisiert. In Deutschland hat man bisher notleidenden Banken Geld geliehen - oder aber Ihre Schrottpapiere in Bad-Banks ausgelagert, bei denen dann alle Steuerzahler die Verlustrisiken tragen. Das es auch anders geht bewiesen laut Professor Hau insbesondere Schweden und die Schweiz: So hat der Schweizer Staat der UBS in der Bankenrise zwar ebenfalls Geld gegeben, sich den Gegenwert allerdings in Aktien, beziehungsweise Aktienoptionen, vergüten lassen. So kann ein Staat zum Miteigentümer der Bank werden. Der Steuerzahler erhält für sein Geld einen Gegenwert. Wenn eine Bank zum Ausgleich von Verlusten Ihr Eigenkapital zum Beispiel verdoppeln muss, gehört dem Staat anschließend die Hälfte der Bank. Die früheren Eigentümer der Bank müssten entsprechend auf die Hälfte Ihres Eigentums verzichten. Genaugenommen handelt es sich um eine Teil-Verstaatlichung. Falls die Bank anschließend wieder Gewinn erwirtschaftet, fließen er zur Hälfte dem Staat zu. Die Schweiz konnte nach erfolgreicher Rettung der UBS ihre Anteile sogar mit Gewinn verkaufen. Das entspricht nur auf den ersten Blick der in Deutschland praktizierten Rettung der Hypo-Real-Estate. Hier hat der Staat den damaligen Aktionären die Bank zum Marktwert abgekauft - und das zu einem Zeitpunkt, als die Verluste so groß geworden waren, dass dieser Kauf ein Verlustgeschäft war. Bei der Commerzbank dagegen, die zum Zeitpunkt Ihrer Rettung noch lebensfähig war, hat der deutsche Staat auf Aktien verzichtet und lediglich eine 'stille Einlage' geleistet, die weder Gewinnbeteiligung noch sonstige Eigentumsrechte bewirkt. Erst das macht Bankenrettung laut Professor Hau teuer. Frisches Eigenkapital vom Staat im Tausch gegen Aktien würde jedoch zum einen eine Bankenkrise nach einer Staatenpleite verhindern und Steuerzahler im Endeffekt nicht belasten.

Rettung der Finanzelite als Grundelement europäischer Politik

Doch Europa versuchtauf immer neuen Krisengipfel mit immer neuen Steuergeldern die überschuldeten Staaten und damit das Geld der Gläubiger zu schützen. Mit ESFS und dem darauf folgenden ESM wird diese Politik nun dauerhaft und für andere potentielle Krisenstaaten festgeschrieben. Genau die für den Steuerzahler potentiell gewinnbringende Art der Bankenrettung, die in der Schweiz so erfolgreich funktioniert hat, wird in der EU sogar gesetzlich verhindert. Laut EU-Recht müssten die Eigentümer der Banken ihrer Teilenteignung durch Kapitalerhöhung nämlich ausdrücklich zustimmen. Und weil der Tausch 'staatliches Eigenkapital gegen Aktien' für die Alteigentümer immer ein schlechteres Geschäft ist, als Bürgschaften oder stille Einlagen, werden die Eigentümer der Banken das natürlich nicht tun. Solange sich an diesen Grundprinzipien europäischer Euro- und Bankenrettung nichts ändert, wird auch künftig immer das Geld der Gläubiger, der Finanzelite dieses Planeten, mit dem Geld der Steuerzahler gerettet. Und nicht nur Prof. Hau fürchtet, dass am Ende all die Billionen, die dafür bislang aufgewendet wurden nicht ausreichen werden - und wenn dann doch die eine oder andere Staatspleite in der EU unvermeidbar wird, müssen tatsächlich die Steuerzahler weniger EU-Staaten die Zeche bezahlen und die Gläubiger, eben die globale Finanzelite, kommen weitgehend ungeschoren davon.